

**Antrag auf Änderung oder Aufhebung
der Wohnsitzzuweisung
gem. § 12a Abs. 5 AufenthG**

Antragsteller (ggf. auch mehrere Nennungen)	
Familienname	
Vorname	
Geburtsdatum	
Weitere Familienangehörige	
Postanschrift	

Gewünschter Wohnort	
Stadt / Gemeinde	

Die Aufhebung der Wohnsitzzuweisung wird aus einem der folgenden Gründe beantragt:

- Familienzusammenführung** (Ehepartner/in, Lebenspartnerschaft, minderjährige Kinder)
Erforderliche Nachweise:
Ehegatte: Aufenthaltsdokumente, Meldebescheinigung, Ehenachweis
eingetragene Lebenspartner: Aufenthaltsdokumente, Meldebescheinigung, Urkunde über die eingetragene Lebenspartnerschaft
Minderjährige/s Kind/er: Aufenthaltsdokumente, Geburtsurkunde des Kindes/ der Kinder, Bestallungsurkunde

- Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, Lebensunterhalt sicherndes Einkommen, Ausbildungsverhältnis, Studium; berufsorientierende oder berufsvorbereitende Maßnahmen**
Erforderliche Nachweise:
schriftlichen Arbeitsvertrag und Einkommensnachweis (Nicht erfasst werden Minijobs und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse) oder

schriftlicher Ausbildungsvertrag (Ausbildungsverhältnis) oder
Immatrikulationsbescheinigung (Studium) oder
Bescheinigung über die Durchführung der berufs- oder studienvorbereitenden
Maßnahme. Diese muss von der entsprechenden Stelle, welche die Maßnahme
durchführt bzw. durchführen wird, ausgestellt werden

Es bestehen andere humanitäre Gründe oder integrationsrelevante Umstände für eine Zuweisung in eine bestimmte Kommune

- gesundheitliche Gründe
- Pflegebedürftigkeit
- Psychotherapeutische und psychiatrische Behandlung
- sonstige Gründe (bitte angeben):

Erforderliche Nachweise:

gesundheitliche Gründe: Aufenthaltsdokumente, fachärztliches Attest bezüglich der Erkrankung mit zwingender Notwendigkeit der Zuweisung in eine bestimmte Kommune.

Pflegebedürftigkeit: Aufenthaltsdokumente, ärztliche Bescheinigung über die Pflegebedürftigkeit

psychotherapeutische und psychiatrische Behandlung: Aufenthaltsdokumente, ärztliches Attest bezüglich der Erkrankung mit zwingender Notwendigkeit der Zuweisung in eine bestimmte Kommune.

Sonstiges: Entsprechend der von Ihnen vorgebrachten Gründe, müssen offizielle Dokumente als Nachweis eingereicht werden

- Es liegt eine Einschätzung des Jugendamtes vor, dass Leistungen und Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe nach dem 8. Sozialgesetzbuch nur an bestimmten Orten gewährleistet sind.

Erforderlicher Nachweis: schriftliche Einschätzung des Jugendamtes einzureichen, in der die Gründe vorgebracht werden, weshalb Leistungen und Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe nach dem 8. Sozialgesetzbuch nur an bestimmten Orten gewährleistet werden können.

- Ein anderes Bundesland hat aus dringenden persönlichen Gründen die Übernahme zugesagt

Wenn ja, bitte Bundesland angeben

Erforderlicher Nachweis: schriftliche Zusage des anderen Bundeslandes

Anträge sind Gem. § 23 Abs. 1 VwVfG auf Deutsch zu stellen.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bezirksregierung Arnsberg bleibt es unbenommen, neben den genannten Unterlagen noch weitere zur Entscheidung notwendige Dokumente anzufordern.

Dokumente in Heimatsprache sind vorher durch einen vereidigten Übersetzer ins Deutsche zu übersetzen.

Datum

Unterschrift Antragsteller und Ehe-/Lebenspartner